

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 23.03.2010 um 18.40 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy  
Stadtrat Günther  
Stadtrat May (ab 19.40 Uhr, Ziffer 5 B d)  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt\_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank  
Stadträtin Schwab  
Stadtrat Stiller (bis 19.15 Uhr, Ziffer 4)  
Stadträtin Stocker (bis 19.00 Uhr, Ziffer 3)  
Stadtrat Weiglein\_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Heisel  
Stadträtin Glos  
Stadträtin Kahnt (ohne Ziffer 5 I h)  
Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag  
Stadträtin Wachter  
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof  
Stadtrat Steinruck  
Stadtrat Popp (bis 19.27 Uhr, Ziffer 5 B a)

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn  
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sickershausen)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger

Oberamtsrat Hartner  
Bauamtsleiter Janner  
Herr Pohl (bis Ziffer 4)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten:

Stadtrat E. Müller  
Stadtrat M. Müller  
Stadtrat Moser  
Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Bürgermeisterin Regan

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße (Staatsstraßenbereich) mit Kreuzungsumbau Falterstraße/Friedrich-Ebert-Straße/B 8 und Erneuerung der Ampelanlage;  
hier: Ausbauevereinbarung mit dem Staatl. Bauamt Würzburg

**Mit 16 : 6 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt der Ausbauevereinbarung mit dem Staatl. Bauamt Würzburg zum Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße (Staatsstraßenbereich) mit Kreuzungsumbau Falterstraße/Friedrich-Ebert-Straße/B 8 und Erneuerung der Ampelanlage zu.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt die Vereinbarung zu unterzeichnen.

2. Friedrich-Ebert-Straße;  
hier: Auftragsvergabe der Kanal- und Straßenbauarbeiten nach VOB/A

**Mit 18 : 4 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wurde Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag für die Kanal- und Straßenbauarbeiten wird auf Grundlage des Angebotes vom 25.02.2010 an die Firma Adam Tasch, Schweinfurt, als wirtschaftlich günstigste Bieterin mit einer vorläufigen Auftragssumme in Höhe von 1.601.475,22 € brutto, die allerdings noch im Rahmen eines sog. Vergabegespräches aufgrund der Massenverschiebungen festzulegen ist, vergeben.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den Auftrag nach Abschluss des Vergabegespräches und nach Freigabe des vorzeitigen Baubeginns durch die Regierung von Unterfranken ein entsprechendes Auftragsschreiben zu erteilen.

3. Bebauungsplan Nr. 52 „Fuchsgraben“;  
hier: Technisch-wirtschaftliche Abwägung der Erschließungsanlagen für die südliche Erweiterung  
(Stadtrat Rank ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich).

Oberbürgermeister Müller verweist auf die nichtöffentliche Diskussion und stellt dar, dass aus Sicht der Verwaltung mit Blick auf den finanziellen Aufwand die Erschließung der südlichen Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 52 – Fuchsgraben - nicht umzusetzen. Vielmehr sollte das Landratsamt zur Abgabe einer Stellungnahme zu diesem Sachverhalt aufgefordert werden.

Nach kurzer Diskussion, ob dann ein Beschluss gefasst werden müsste, verweist Oberbürgermeister Müller, dass zunächst die Stellungnahme vom Landratsamt eingefordert werde, bevor die Angelegenheit beschlussmäßig behandelt werde.

Stadträtin Wallrapp stellt den Antrag, dass über den Bauantrag abgestimmt werde, so wie er in der Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses am 02.03.2010 vorgelegen hat. Erst nach dieser Abstimmung sollte man es dem Landratsamt zur Überprüfung vorlegen.

Oberrechtsrätin Schmöger weist im Folgenden auf das Vorgehen bei der Überprüfung von Beschlüssen durch das Landratsamt hin und erklärt, dass dies nicht der Stadtrat beschließen könne. Nach einer Beschlussfassung, die der Oberbürgermeister für rechtswidrig halte und deshalb nicht vollziehen könne, kann der Oberbürgermeister den Beschluss beim Landratsamt zur Überprüfung vorlegen.

Hinsichtlich der Behandlung des ursprünglichen Antrages weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass dieser nicht auf der Tagesordnung steht. Nach weiterer Diskussion hierzu macht Oberbürgermeister Müller deutlich, dass man das Landratsamt um eine Stellungnahme beten und anschließend dem Stadtrat den Antrag nochmals zur Beschlussfassung vorlegen werde.

Hiermit besteht Einverständnis.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass der TOP 4 „Bebauungsplan Nr. 52 „Fuchsgraben“: Einleitung eines Änderungsverfahrens (6. Änderung) in einen einfachen Bebauungsplan nach § 30 Abs. 3 BauGB und gleichzeitige Erweiterung des Geltungsbereichs nach Süden“ ebenfalls nicht behandelt werde.

#### 4. Ausbau Friedrich-Ebert-Straße – Beitragsrechtliche Situation; hier: Erhebung von Vorausleistungen

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf die Sitzungsvorlage sowie auf die stattgefundenen Anliegerversammlung, in der den Anliegern die Rechtsgrundlage und die Bedeutung von Vorausleistungen erläutert wurde.

Stadträtin Wallrapp fragt nach, inwiefern die Kosten für die Altlastenuntersuchung durch den Bund übernommen werden (Kriegsfolgeschäden). Darüber hinaus verweist sie auf eine Stiftung, die bei Deponiealtlasten für die Entsorgung einspringt und fragt nach, ob diese einen Teil der Kosten auffangen könnte.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer bejaht die Existenz der Stiftung, die jedoch nur für Altlasten aufgrund von ehemaligen Mülldeponien einspringt.

Oberrechtsrätin Schmöger verweist hinsichtlich der Frage zur Übernahme von Kriegsfolgeschäden, dass die Gefahrenerkundung (Altlastenuntersuchung) durch die Stadt übernommen und somit auf die Anlieger umgelegt werden müsse. Im Falle eines Bombenfundes vermute sie eine Übernahme der Kosten durch den Bund. Dies müsse jedoch noch im Detail geprüft werden.

#### **B. Mit 18 : 2 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt wird Vorausleistungen nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) auf der Grundlage der Ausbaubeitragssatzung (ABS) vom 11.07.2005 erheben.

## 5. Anträge und Anregungen der Fraktionen und Gruppen zum Verwaltungshaushalt 2010

### A. 2. Änderungsliste zum Verwaltungshaushalt (Stand: 23.03.2010)

#### Budgetänderung aufgrund Personalkostenreduzierung; Haushaltsplanung 2010

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die 2. Änderungsliste zum Verwaltungshaushalt, die sich aufgrund der Stellenplanberatungen ergeben hat. Darüber hinaus verweist er auf eine Aufstellung, welche Budgets in welcher Form aufgrund der Änderungsliste angepasst werden müssen und bittet um Zustimmung zu diesem Vorgehen.

#### **Mit 20 : 0 Stimmen**

1. Mit der 2. Änderungsliste zum Verwaltungshaushalt besteht Einverständnis.
2. Es besteht Einverständnis, die folgenden Budgets, die am 18.03.2010 beschlussmäßig behandelt wurden, wie folgt abzuändern.

<u>Budget</u>	<u>alt</u>	<u>neu</u>	<u>Veränderung</u>
Schulen Betriebskosten	429.130,00 €	426.330,00 €	+ 2.800,00 €
Städt. Museum	203.020,00 €	199.920,00 €	+ 3.100,00 €
VHS	213.380,00 €	190.580,00 €	+ 22.800,00 €
Stadtgärtnerei	0,00 €	6.000,00 €	+ 6.000,00 €
Bauhof	30.060,00 €	29.940,00 €	+ 60.000,00 €

### B. Einzelplan 0

#### a) UA 0000 – Repräsentations- und Bewirtungskosten (6310); Feiern, Ehrungen, Geschenke (6312) ; Städtepartnerschaften (6314) ; Öffentlichkeitsarbeit (6321)

Die FW erbittet die Rechnungsergebnisse von 2009 der einzelnen Haushaltsstellen zu erläutern und die jeweiligen Überschreitungen zu begründen.

Oberamtsrat Hartner weist darauf hin, dass es nicht 100 %ig einzuschätzen ist, in welchem Umfang Kosten für die einzelnen Bereiche (Empfänge usw.) nötig werden und dabei auch beachtet werden sollte, welchen Standard man bei der Bewirtung beispielsweise zu Grunde legt.

Stadträtin Wallrapp erklärt, dass sie mit der Anfrage lediglich zum Nachdenken anregen wollte, wie man zukünftig damit umgeht.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Änderungen vorgenommen.

#### b) 0600.5310 – Allg. Verwaltung – Kosten für Miete Schulhof 4

Die FW möchte wissen, ob der Ansatz nach dem Bezug der Räumlichkeiten der ehem. Stadtpost noch erforderlich ist.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach die angemieteten Räumlichkeiten für den Betrieb des Bauamtes auch weiterhin benötigt werden. Bei den Eigentümern wurde wiederholt ein Kauf angefragt, der weiterhin abgelehnt werde. Gegenwärtig laufen die Verhandlungen der Verlängerung des Mietvertrages (läuft bis 31.03.2012).

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

c) 0600.5390 – Lagerkosten Bauhof

Die UsW bittet hinsichtlich der Lagerkosten des Bauhofes die Notwendigkeit einer Einlagerung mancher Gegenstände und Utensilien zu überprüfen.

Stadtrat Schmidt ergänzt, dass den betroffenen Sachgebieten ggf. Entscheidungshilfen gegeben werden sollten, welche eingelagerten Dinge aussortiert werden könnten.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.  
Die Mittel bleiben unverändert.

d) 0600.6300 – Erstellung eines Corporate Design

Die FW erbittet einen aktuellen Sachstand.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme, wonach die Erstellung des Corporate Designs abgeschlossen sei, in Kürze eine Vorstellung im politischen Gremium erfolge und gegenwärtig die Umsetzung in der Verwaltung erarbeitet werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

e) 0600.6329 – Gebäudemanagement

Die FW möchte wissen, ob zum Thema „Gebäudemanagement“ ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin ausgebildet wurde und wer hierfür verantwortlich ist.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Die Mittel bleiben unverändert.

f) 0601.1590 – Werbeeinnahmen städtischen Internetseiten

Die FW stellt fest, dass in 2009 keine Einnahmen von PCS Informatik verbucht wurden.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme, wonach in 2009 4.959,00 € eingenommen wurden.

g) 0601.6327 – EDV – Kosten an Dritte – Städtischer Internetauftritt

Die UsW bittet den Ansatz näher zu erläutern.

Die FW bittet die Überarbeitung des Internetauftrittes voranzutreiben.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme, wonach der Ansatz für die Wartung und die Pflege der Internetseiten jedoch nicht für den Internetauftritt als solches diene.

Die Überarbeitung des Internetauftrittes ist mit der Erstellung des Corporate Designs verknüpft und wird derzeit erarbeitet.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze des Einzelplanes 0 bleiben unverändert.

### C. Einzelplan 1

#### a) 1191.6329/6770 – Sonstige Ordnungsaufgaben – Flurgänge, Flurkarten, Flurervergütung

Die FW verweist auf den Unterschied zwischen Ansatz (8.000,00 €) und Rechnungsergebnis (3.044,00 €) und fragt nach, ob der Vertrag noch aktuell sei.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung und stellt dar, dass es sich um einen pauschalen Ansatz handelt und der Vertrag hinsichtlich der Flurervergütung bis 31.12.2010 verlängert wurde.

Die übrigen Ansätze des Einzelplanes 1 bleiben unverändert.

### D. Einzelplan 3

#### a) 3009.5011 – Alte Synagoge; Abdichtung des Turms 3009.5041 – Alte Synagoge; Reparatur Aufzug

Die FW möchte wissen, weshalb beide Maßnahmen trotz Ansatz in 2009 nicht durchgeführt wurden.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme, wonach die Abdichtung aufgrund der engen Personaldecke in der Hochbauverwaltung nicht umgesetzt werden konnte und die Mittel im Jahr 2010 neu veranschlagt werden sollen (Umsetzung Sommer 2010).

Die Reparatur des Aufzuges wurde wie geplant 2009 umgesetzt und die Mittel auf die richtige Haushaltsstelle umgebucht.

Stadtrat Pauluhn bittet um Beachtung, dass man derartige Unterhaltsmaßnahmen einhalten sollte, da sonst bei einer späteren Generalsanierung die Kosten um ein vielfaches höher sein könnten.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

#### b) 3651.1410 – Miete Marktturm und Großlangheimer Tor

Die FW erkundigt sich nach etwaigen Mieteinnahmen vom Großlangheimer Tor.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach der Mietzins aufgrund umfangreicher Sanierungsmaßnahmen durch den Mieter auf 0,00 € festgelegt wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze des Einzelplan 3 bleiben unverändert.

## E. Einzelplan 4

### a) UA 4601 – Schülerhort – Haus Marienthal Schweinfurt

Die FW möchte die Ausgaben für Miete und Betriebskostenzuschüsse erläutert haben und fragt nach, was mit den Spielgeräten und dem Spielplatz passiere.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung. Stadträtin Wallrapp weist darauf hin, dass an nahezu allen Schulen ein Ganztagsangebot bestehe und gibt zu Bedenken, ob sich die Stadt dieses Angebot mit Blick auf die Miet- und Nebenkosten auch in Zukunft leisten möchte. Darüber hinaus verweist sie auf den abgelaufenen Vertrag für die Flugplatzstraße und auf das Ausweichquartier und bezweifelt, ob die Kosten für das Ausweichquartier ebenso hoch wie in der Flugplatzstraße waren.

Oberamtsrat Hartner stellt dar, dass das Votum der Eltern, die ihre Kinder für dieses Angebot angemeldet habe, mit 28 ein deutliches sei. Darüber hinaus erklärt er, dass nach dem Neubau hinsichtlich des Zuschusses neu verhandelt werden müsse, allerdings 28 Plätze bedarfsanerkant seien.

Stadträtin Glos spricht sich klar für den Schülerhort Marienthal aus, da ein Angebot bis 17.30 Uhr seitens den Kindergärten bzw. den Schulen nicht geleistet werden könne.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, hinsichtlich einer Vertragsverlängerung sowie den möglichen Mieterwartungen auf das Haus Marienthal zuzugehen.

Dies wird zur Kenntnis genommen.  
Die Mittel bleiben unverändert.

### b) 4999.6620 – Kitzinger Tafel – Lagerkosten Bauhof

Die FW stellt dar, dass die Kitzinger Tafel aus dem Bauhof ausgezogen ist und fragt nach, ob dennoch Lagerkosten anfallen.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass das Warenlager weiterhin im Bauhof sei, jedoch die Kitzinger Tafel dort keinen Betrag verrechnet bekomme.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 4 bleiben unverändert.

## F. Einzelplan 5

### a) 5921.5130 – Unterhalt Wein- und Naturlehrpfad

Die FW beantragt die Instandsetzung des Pavillons und die Beschriftung der Schilder des Weinlehrpfades.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass hierfür 5.000,00 € in den städtischen Haushalt eingestellt werden müssten.

**Mit 17 : 3 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, für den Unterhalt des Wein- und Naturlehrpfades (Pavillon und Beschriftung) 5.000,00 € bei der Haushaltstelle 5921.5130 im Haushaltsjahr 2010 einzustellen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 5 bleiben unverändert.

#### G. Einzelplan 6

##### a) 6300.6550 – Sachverständigenkosten – Brückenprüfung

Die FW möchte wissen, welche Brücken zu prüfen sind und ob dies durch das Bauamt erledigt werden könne.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Tiefbauverwaltung, wonach die Prüfung nicht durch das eigene Personal erfolgen könne.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

##### b) UA 6300 – Ausbau Rennerstraße

Die FW beantragt die Erneuerung der Fahrbahnecke Alte Reichsstraße im Bereich der Brücke bis zum Feuerwehrhaus.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme des Stadtbauamtes, wonach dies im Rahmen des Unterhaltes erfolgen könne.

Hiermit besteht Einverständnis. Es werden keine zusätzlichen Mittel eingestellt.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 6 bleiben unverändert.

#### H. Einzelplan 7

##### a) 7000.6556 – Abwasserbeseitigung, Kanalnetzberechnung

Die FW bittet die Ausgaben mit Blick auf den Ansatz (70.000,00 €) und dem Rechnungsergebnis (18.096,00 €) zu erläutern.

Bauamtsleiter Janner stellt dar, dass bei der Kanalnetznachberechnung weniger Aufwand nötig gewesen ist, was vorher nur schwierig abzuschätzen war. Darüber hinaus wurde die geplante Fremdwasseruntersuchung nicht benötigt.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

##### b) 7189.5011 – Kläranlage Unterhalt – 2009: Flachdachsanierung Rechenzentrum 2010: Flachdachsanierung Laborgebäude

Die FW fragt nach, weshalb beide Maßnahmen nicht zusammen durchgeführt wurden und verweist auf die mögliche Kosteneinsparung.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Tiefbauverwaltung.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

##### c) UA 7191 – Öffentliche Toiletten –

Die FW beantragt die Sanierung der öffentlichen Toiletten, insbesondere die in der Schrankenstraße.



Oberbürgermeister Müller verweist auf die Diskussion im Rahmen der Beratung des Vermögenshaushaltes, wonach Mittel für die Sanierung der Toilettenanlage am Freizeitzentrum zur Verfügung stehen und die Schrankenstraße vor der Gartenschau im Rahmen des Unterhaltes gereinigt und hergerichtet werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

d) 7513.5011 – Friedhof Hoheim; Betonsanierung am Friedhofsgebäude

Die FW fragt nach, da es in den Jahren 2008 und 2009 noch nicht erledigt werden konnte, ob dann die Mittel entsprechend verschoben werden könnten.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme, wonach personalbedingt eine Umsetzung nicht möglich war und die Mittel deshalb verschoben werden könnten.

Stadträtin Wallrapp gibt zu Bedenken, dass bei einer Verschiebung die Schäden größer werden könnten und eine Sanierung dann kostenaufwendiger werden würde.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Mittel im Haushalt 2010 verbleiben sollten und das Bauamt eine zwingende Umsetzung unter Berücksichtigung von weiteren Schäden prüfen werde.

Hiermit besteht Einverständnis. Die Mittel werden nicht reduziert.

e) UA 7911 – Förderung der Wirtschaft

Die FW möchte wissen, welche Stellen beim UA 7911 gemeint seien und fragt weiterhin nach dem Leistungskatalog hinsichtlich des Zuschusses an den Stadtmarketingverein (Hst. 7911.7090).

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Oberamtsrat Hartner verweist hinsichtlich des Leistungskatalogs, dass dieser noch mit allen Beteiligten besprochen werden müsse.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

f) UA 7920 – Anrufsammeltaxi

Die FW beantragt für neue Flyer und Prospekte einen entsprechenden Ansatz einzustellen.

Oberbürgermeister Müller schlägt vor, hierfür 1.000,00 € einzustellen.

**Mit 19 : 1 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, für die Erstellung von Flyern und Prospekten hinsichtlich des Anrufsammeltaxis 1.000,00 € in den Haushalt 2010 einzustellen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 7 bleiben unverändert.

## I. Sonstige Anfragen und Anträge der Fraktionen und Gruppen

### a) Gruppe 6510 – Bücher und Zeitschriften

Die UsW bittet die Bücher, Zeitschriften und Ergänzungslieferungen auf Doppelbeschaffung und Notwendigkeit zu überprüfen.

Die FW bittet die Ausgaben näher zu beziffern.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme, wonach letztmalig in 2008 die Notwendigkeit der Ergänzungslieferungen überprüft wurde und dies alle zwei Jahre wiederholt werde. Der gegenwärtige Umfang sei angemessen.

Stadträtin Richter fragt nach, inwiefern manches über das Internet abgewickelt werden könne.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass manches über das Internet abgewickelt werden könne, jedoch auch dies Kosten verursache. Im Grunde befürworte sie die Gesetzestexte in Form von Blattsammlungen bzw. Büchern.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, wo sinnvoll, die Gesetzestexte über das Internet zu nutzen.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

### b) Gruppe 6521 – Fernspreckgebühren 0600.1513 – Private Telefongespräche

Die UsW erbittet eine Überprüfung der Telefentarife sowie die Beachtung der Einnahmen für private Telefongespräche im städtischen Haushalt.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme.

Stadtrat Schmidt zieht daraufhin den Antrag der UsW zurück.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

### c) Gruppe 6525 – Post-, Rundfunk- und Fernspreckgebühren

Die UsW erbittet hierzu eine Reduzierung anzustreben und die Notwendigkeit von TV- und Radiogeräten zu überprüfen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

### d) Gruppe 6530 – Öffentliche Bekanntmachungen; Zeitungsinserate

Die FW möchte wissen, ob die verschiedenen Medienrabatte der Zeitungen bekannt seien.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach die Rabatte genutzt werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

### e) Kopiergeräte, Bürobedarf

Die FW möchte wissen, ob die Kopiergeräte geleast oder beschafft werden. Darüber hinaus wird nachgefragt, ob eine zentrale Beschaffungsstelle besteht.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

f) Energiekosten

Die FW beantragt die Einführung des Fifty-fifty Energiesparprogramms

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahmen der Verwaltung, wonach zunächst das Energiemanagement seitens der Energieagentur Oberfranken abgeschlossen werden sollte, bevor hierzu Vorschläge unterbreitet werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

g) Belebung der Innenstadt I

Die UsW beantragt die vorhandenen Konzepte aufzulisten, abzugleichen, ggf. zu aktualisieren und Vorschläge zum weiteren Vorgehen abzuleiten.

Stadtrat Schmidt verweist auf die Dringlichkeit, nachdem dies bei den Haushaltsberatungen immer ein Thema sein werde.

Oberbürgermeister Müller gibt im Grunde und wo sinnvoll Recht, jedoch müsse dann mit Blick auf den Projektkatalog des Bauamtes anderes zurückgestellt werden. Gleichwohl bittet er um Abstimmung des Antrages.

**Mit 20 : 0 Stimmen**

Mit dem Antrag der UsW auf Auflistung, Abgleich und ggf. Aktualisierung bestehender Konzepte besteht Einverständnis.

h) Belebung der Innenstadt II

Die UsW bittet Überlegungen anzustellen, um Ansiedlungsprämien im Einzelhandel und für Dienstleister bei der Ansiedlung in der Innenstadt zu gewähren.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass dies dem Stadtrat in einer separaten Sitzungsvorlage vorgelegt werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

i) Gestaltungssatzung und Werbeanlagensatzung

Die UsW beantragt eine grundlegende Überarbeitung beider Satzungen.

Stadtrat Schmidt ergänzt, dass hierzu mit Blick auf die Diskussionen in der Vergangenheit die Verwaltung in 2010 noch Vorschläge zum weiteren Vorgehen unterbreiten sollte.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Fülle der Aufgaben des Bauamtes und insbesondere der Stadtplanung, weshalb er ein Verschieben auf 2011 befürwortet.

Stadtrat Pauluhn unterstützt Stadtrat Schmidt, der ebenfalls eine Anpassung der Satzungen an die aktuellen Gegebenheiten befürwortet.

Bauamtsleiter Janner verweist auf die Notwendigkeit einer Anpassung, jedoch gibt er unter Verweis auf die Projektkatalog des Bauamtes zu Bedenken, dass das Bauamt dies nur durch Verschieben anderer Maßnahmen leisten könne.

## **Mit 13 : 6 Stimmen**

Mit dem Antrag der UsW auf Erarbeitung von Vorschlägen zur Gestaltungs- und Werbeanlagesatzung im Jahr 2010 besteht Einverständnis.

### j) Telearbeitsplätze

Die FW bitte hierzu die Kosten der Einrichtung und des lfd. Betriebes festzulegen. Darüber hinaus erbittet die FW einen Beschluss zur Errichtung von Telearbeitsplätzen sowie die Festlegung von Richtlinien.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass dies bereits in der Sitzung des Personalausschusses am 09.03.2010 Thema war und erneut in der Sitzung am 20.04.2010 behandelt werde.

Hiermit besteht Einverständnis.

### k) Anträge zu den verschiedenen Budgets

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Anträge zu den Budgets mit den Beschlüssen in der Sitzung am 16.03.2010 bereits behandelt waren.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

### l) Anfrage von Stadtrat Steinruck

Stadtrat Steinruck möchte wissen, ob es eine Liste über Sponsoringeinnahmen der Stadt gebe.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass man dies nur über eine Nebenrechnung jedoch nicht aus dem Haushalt direkt erkennen könne und zweifelt mit Blick auf den Arbeitsaufwand den Nutzen einer solchen Aufstellung an. Dies wird zur Kenntnis genommen.

### m) Anfrage von Stadträtin Wallrapp

Stadträtin Wallrapp verweist auf verschiedene Haushaltsstellen im Bereich der Kläranlage, bei denen sich im Jahresabschluss ein Unterschied in Höhe von 95.000,00 € gegenüber dem Ansatz (Einsparung) ergeben habe. Aufgrund der Haushaltsklarheit bittet sie ein derartiges Aufblähen des Haushaltes möglichst zu vermeiden.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass es sich hierbei um Ansätze von Ersatzteilen der Kläranlage handelte, die im Falle eines Ausfalls hätten schnellstens beschafft werden müssen und die Veranschlagung im Haushalt deshalb mit Ungewissheiten verbunden sei.

Stadtrat Weiglein verweist in diesem Zusammenhang auf einen Gerätepool, zu dem sich verschiedene Kläranlagen zusammenschließen können. So müsse nicht jede Kläranlage alle Maschinen vorhalten, was sich positiv auf die Kosten auswirken wird. Dies dürfe jedoch nicht zu Lasten der Sicherheit gehen.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, es der Kläranlage weiterzugeben.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.40 Uhr.**